

Bewusst verdrängte Wahrheiten über den Konflikt um Israel und Palästina

Michael Lüders (2024): Krieg ohne Ende? Warum wir für Frieden im Nahen Osten unsere Haltung zu Israel ändern müssen

München: Goldmann, 408 Seiten, ISBN 978-3-442-31776-9, 22,00 Euro



Das Jahr 2025 ist ein Jahr vielfältiger Erinnerungen: 80 Jahre Ende des Zweiten Weltkriegs – Befreiung der NS-Vernichtungs- und Konzentrationslager – Gedenken an die Millionen Opfer der NS-Verbrechen gegen die Menschlichkeit – 60 Jahre Aufnahme diplomatischer Beziehungen der Bundesrepublik Deutschland mit Israel.

Beim Doppelbesuch bei-

der Staatspräsidenten in Berlin und Jerusalem wurde, wie stets, die große Dankbarkeit für die Versöhnung nach der *Shoa* (hebr. Katastrophe), das gewachsene Vertrauen und die auf vielen Ebenen gelebte deutsch-jüdische Freundschaft beschworen. Bundespräsident und Bundesregierung versicherten, dass Deutschland fest an der Seite Israels stehe.

Der völlig überraschende Terrorangriff der islamistischen Hamas und anderer Gruppen am 7. Oktober 2023 von Gaza aus auf Siedlungen in Südisrael, wobei innerhalb weniger Stunden 864 israelische Zivilisten, 278 Soldaten und 44 Polizisten getötet und 264 Menschen, darunter auch ausländische Farmarbeiter aus Kibbuzim, als Geiseln nach Gaza verschleppt wurden, ist uneingeschränkt zu verurteilen. Die Reaktion Israels mit Krieg gegen die Verantwortlichen der Hamas in Gaza wurde als das Recht auf Selbstverteidigung nicht bestritten. Angesichts der folgenden Zerstörungen der Infrastruktur in Gaza, der immer gnadenloseren Kriegsführung gegen die dortige Zivilbevölkerung, mit täglich steigenden Zahlen an palästinensischen Todesopfern und Verletzten – (im Juni 2025 bereits mehr als 55.000 Tote, 70 Prozent davon Frauen und Kinder, vgl. Statista: <https://t1p.de/n50ll>; zudem militärische Übergriffe im besetzten Westjordanland auf die palästinensische Zivilbevölkerung durch bewaffnete jüdische Siedlerkolonisten) ließ die Solidarität mit Israel in Deutschland, und europaweit schwinden. Die Öffentlichkeit reagierte mit scharfer Kritik und Forderungen, die Waffenlieferungen an Israel einzustellen. Doch die Politik beließ es bei Mahnungen, das Völkerrecht und die Menschenrechte zu wahren, die folgenlos blieben.

Der Umgang mit Israel unterliegt in Deutschland der sogenannten „Staatsräson“. Mit diesem Begriff hatte Angela Merkel 2008 vor dem israelischen Parlament die deutsche Verpflichtungserklärung abgegeben, „jederzeit für die Existenz und Sicherheit Israels einzustehen“. Das bekräftigte auch Olaf Scholz für die Ampelregierung nach dem 10. Oktober 2023. Was deutsche Staatsräson gegenüber Israel konkret bedeutet, bleibt jedoch unklar. Staatsräson beruht auf der nach 1945 übernommenen politischen Verantwortung für die Verbrechen des Nationalsozialismus und den Holocaust, dem Mord an den europäischen Juden als „einzigartigem Menschheitsverbrechen“. Dass Deutschland aufgrund der Staatsräson jedoch dazu verpflichtet sei, völkerrechtswidriges Verhalten Israels vor allem die Großisraelbestrebungen der jetzigen ultrarechtsreligiösen Regierungskoalition Benjamin Netanjahus zu unterstützen, ist falsch. In der israelischen Zeitung „Haaretz“ wurde 2025 die „blinde Unterstützung Israels“ durch Deutschland kritisiert, weil sie dafür benutzt werde, Meinungsfreiheit und politische Freiheiten einzuschränken (vgl. Nimrod Flaschenberg in Haaretz vom 15.4. 2025). Anlass waren Ausweisungsbeschlüsse deutscher Behörden gegen drei EU-Bürger und eine US-Amerikanerin wegen deren Teilnahme an Protesten gegen die israelische Kriegführung im Gazastreifen.

Die täglichen Bilder aus Gaza von verzweifelt um Essenszuteilungen kämpfenden Kindern, von Vertreibungen und Erschießungen junger Männer vor Zentren zur Abholung von Lebensmitteln als „genozidale Politik“ zu bezeichnen, wird als „israelbezogener Antisemitismus“ gewertet und kann strafrechtliche Folgen haben. Über Antisemitismus wacht seit 2018 ein „Beauftragter der Bundesregierung für Jüdisches Leben in Deutschland und den Kampf gegen Antisemitismus“. Er koordiniert unter anderem die entsprechenden Länderbeauftragten und „Antisemitismusbeauftragten“ in Behörden, Bildungseinrichtungen und Vereinen. Was Antisemitismus ist, bestimmt die vom Bundestag übernommene Arbeitsdefinition der IHRA (International Holocaust Remembrance Alliance / Internationale Allianz zum Holocaustgedenken), d.h. „Hass gegenüber Juden in Wort und Tat sowie gegen jüdische Institutionen oder religiöse Einrichtungen“ sowie die Erweiterung der Bundesregierung: „auch der Staat Israel“ kann „Ziel solcher Angriffe sein.“ (vgl. <https://www.antisemitismusbeauftragter.de> und <https://holocaustremembrance.com>) Die offizielle deutsche Politik hält sich in diesem Rahmen wie immer zurück und wird weiter so verfahren.

Als nach dem Abbruch des Waffenstillstands durch Israel im März 2025 das israelische Militär der palästinensischen Zivilbevölkerung in Gaza die grundlegenden Mittel zum Überleben – Nahrung, Wasser, Medikamente und Strom vorenthielt, die vorhersehbare Hungerkatastrophe sogar als ein „Mittel des Vernichtungskampfes ge-

gen die Hamas“ rechtfertigte, schrieben selbst israelische Oppositionelle, dass dieses Vorgehen gegen die Bevölkerung des Gazastreifens „Völkermord“ sei.

„Denken ohne Geländer“

Dies war Hannah Ahrendts Motto für ihre politische und philosophische Arbeit. „Denkverboten“ nicht zu erliegen, dazu fordert auch Michael Lüders mit seinem Buch ausdrücklich auf. Seine Perspektive ist „konsequent die der Ohnmächtigen und Vergessenen“ des Konflikts. Um zu begreifen, wie dieser sich zur aktuellen, apokalyptischen Gewalt entwickelte, rät er, sich mit der komplexen Geschichte der Israelischen Staatswerdung zu befassen. Diese Geschichte behandelt er unter herausfordernden Kapitelüberschriften, faktengetränkt und bestens belegt, auf 400 lesenswerten Seiten. Aufgrund seiner langjährigen wissenschaftlichen und publizistischen Auseinandersetzung mit der Thematik schlägt er durchgängig einen weiten Bogen vom Gestern ins Heute. Seine ersten Erfahrungen mit der israelisch-palästinensischen Geschichte und den Einstellungen beider Seiten machte er Anfang der 1980er Jahre als Zivildienstleistender der Aktion Sühnezeichen / Friedensdienst in einer arabischen Kleinstadt in Israel. Nach dem Studium der Politik und Islamwissenschaften in Berlin und Damaskus, Promotion 1988, war er geschätzter Nahost-Korrespondent der Hamburger Wochenzeitung DIE ZEIT und Kommentator von Nachrichtensendungen über Nahost. Er ist Autor zahlreicher Bestseller zu diesen Themen, war einige Jahre Präsident der Deutsch-Arabischen Gesellschaft und beratendes Mitglied des Afghanistan-Untersuchungsausschuss des Deutschen Bundestages.

Die Verbrechen der Hamas vom 7. Oktober 2023 entstanden nicht in einem Vakuum. Die Vorgeschichte reicht auch weiter zurück als die Jahre der Staatsgründung Israels 1947/48. Politisch-ideologisch beginnen die ersten zionistischen Planungen für einen eigenständigen jüdischen Staat bereits in den 1890er Jahren. Als Begründer des Zionismus gilt Theodor Herzl, dessen Schrift „Der Judenstaat“ 1896 erschien. 1897 kam es durch Herzls Initiative zum Ersten Zionistischen Kongress in Basel. Bereits die ersten Zionisten erhoben Anspruch auf das gesamte Land zwischen Mittelmeer und dem Jordan. Sie wussten, dass die Devise Herzls, „Ein Land ohne Volk für ein Volk ohne Land“, nicht der Realität entsprach. Von Anfang an machten sie Pläne, wie mit der „eingeborenen (arabisch-palästinensischen) Bevölkerung“ zu verfahren sei. Ihr Siedlungswerk empfahlen die Zionisten als „Bollwerk“ gegen den aus westlicher Sicht „rückständigen Orient“.

Die erste Phase des Staatsaufbaus erforderte, mit Geldern der Jewish Kolonisation Agency in großem Umfang Land von arabischen Großgrundbesitzern zu erwerben und zu besiedeln. Dieses Land durfte nicht von Nichtjuden gekauft oder bearbeitet werden. Den auf diese Weise landlos gewordenen arabischen Fellachen (Bauern) durfte keine Arbeit in den jüdischen Siedlungen gegeben werden. Wie planvoll in den Jahren des Unabhängigkeitskrieges 1947/48 die Vertreibung der arabischen Bevölkerung mit

Terror und Gewalt sowie die Zerstörung von insgesamt 531 Dörfern, die Inbesitznahme und Neubesiedlung dieser Ländereien unter hebräischen Namen geschah, wurde absichtlich verschwiegen.

Die Erinnerung begraben

Im Kapitel „Geschichte neu erzählen: Israel säubert seine Archive“ erfährt man davon. Die meisten der im Zuge der *Nakba* (arab. Katastrophe, wie auch hebr. Shoah!) zerstörten Dörfer befanden sich am Mittelmeer. Der Angriff auf das alte palästinensische Dorf Tantura mit 1.500 Einwohnern, ca. 30 km südlich von Haifa am 22. Mai 1948 durch eine Sondereinheit der israelischen Armee Hagana, war besonders brutal und endete mit einem Massaker. Die jüdischen Truppen trieben die Einwohner mit Waffengewalt zum Strand, Frauen und Kinder von den Männern getrennt in ein Nachbardorf. Die Männer im Alter von 10–50 Jahren wurden nach einer vorbereiteten Liste in kleinen Gruppen am Strand erschossen, weitere 85 junge Männer in Zehnergruppen auf dem Friedhof und in der Moschee getötet, anschließend das Dorf restlos dem Erdboden gleichgemacht. Verleugnen dieser historischen Tatsachen funktioniert bis heute. Skandalös verhielt sich z.B. die Universität Haifa. Der Historiker Ilan Pappé sah sich gezwungen, 2007 die Hochschule und Israel zu verlassen, weil seine Studien unerwünscht waren. Er lehrt heute an der Universität Exeter (vgl. sein wichtigstes Buch „Die ethnische Säuberung Palästinas“, 1. Aufl. 2007, Frankfurt/M. 2019). Zu Tantura ergänzend 1998 der Fall Teddy Katz: Seine mit Bestnote bewertete Magisterarbeit über Tantura wurde ihm nach erfolgreicher Klage ehemaliger Täter der Andreoni Brigade wegen Verleumdung aberkannt, ebenso sein Masterabschluss (vgl. Lüders, S. 129 ff.). Verdrängt wird auch der Rassismus gegenüber den „arabischen Juden“, den „Misrachim“, die nach der Staatsgründung aus den jüdischen Gemeinden von Nordafrika bis Bagdad nach Israel kamen. Als Bevölkerungszuwachs waren sie erwünscht, jedoch nicht anerkannt wegen ihrer arabisch geprägten Kultur (vgl. Avi Shlaim, *Three Worlds. Memoirs of an Arab-Jew*, London 2023).

Die Zionisten eroberten im Unabhängigkeitskrieg weit mehr Territorium von Palästina als im Teilungsplan für den jüdischen Staat vorgesehen. 750.000 Palästinenser, d.h., mehr als die Hälfte der damaligen arabischen Bevölkerung wurden zu Flüchtlingen. Die heute in Gaza und der Westbank lebenden Palästinenser sind ehemalige Vertriebene und ihre Nachkommen. Sie unterstehen bis heute israelischer Besatzungspolitik mit zahllosen willkürlich verordneten Grundrechtsbeschränkungen. Erst in den 1980er Jahren wurde nach Öffnung der Archive von einer neuen Generation israelischer Historiker das zionistische Narrativ der Staatsgründung revidiert und als Legende und Propaganda gepflegte These widerlegt. Doch inzwischen werden Archivbestände für Jahrzehnte wieder aus „Sicherheitsinteressen“ verschlossen. Aktueller Stand: Israel lehnt unverändert einen Staat Palästina ab und betreibt stattdessen die Annexion des besetzten Westjordanlands.

Annegret Ehmann, Berlin